

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

April 1983

Evangelische Verantwortung

Heft 4/1983

Geistige Wende? – Gedanken zu den zukünftigen Aufgaben der CDU

Albrecht Martin

Die folgende Studie des stellvertretenden EAK-Bundesvorsitzenden, Landtagspräsident Albrecht Martin, geht davon aus, daß es nicht ausreicht, wenn die Christlich-Demokratische Union Deutschlands eine erfolgreiche Regierungspolitik betreibt. Sie muß auch zur geistig bewegenden Kraft in unserem Lande werden.

Die kritische Analyse, vor einiger Zeit für die parteiinterne Diskussion vorgelegt, veröffentlichen wir, weil die Auseinandersetzung darüber nach dem Wahlsieg vom 6. März erst recht notwendig ist.

Analyse der geistigen Lage

Die geistige Lage hat sich gegenüber den 50er Jahren entscheidend verändert. Trotz aller Vorbehalte, die durch die Erfahrungen der damals jüngsten Vergangenheit begründet waren, war das Verhältnis zum Staat im ganzen noch ungebrochen. Wo eine innere Distanz zum Staat als Machträger im politischen Alltag bestand, wurde diese durch die Erfahrung überlagert, daß ohne Staat gerade die Güter nicht zu gewinnen waren, nach denen man sich sehnte: Rechtsordnung, Arbeit, soziale Sicherheit, Garantie des privaten Freiraumes. Die Schicht der Bürger, für die aus der Erfahrung der Zeit vor 1933 der Staat zu selbstverständlich war, als daß er durch die Perversionierung durch den Nationalsozialismus grundsätzlich in Frage gestellt werden konnte, war noch genügend groß, so daß die Vergesellschaftung des Staates nicht eintreten konnte.

Heute dagegen ist die auf den Staat gerichtete Gemeinschaftsbindung weithin geschwunden. Gerade ein ausgeprägtes soziales Engagement führt oft zur Abkehr vom Staat, da man das soziale Bemühen ausschließlich auf den Einzelfall gerichtet sieht, dem die staatliche Ordnung nie voll entsprechen kann. Während die großen Leistungen der Sozialpolitik gerade durch die Verbindung von diakonisch-karitativem Verhalten und ordnungspolitischen Vorstellungen möglich wurden, führt heute das indi-

vidualistisch wirkende Aufsplittern in immer mehr Randgruppen einerseits und die gleichzeitige Forderung nach vollständiger Integration andererseits zur sozialistischen Aktionsunfähigkeit. Eine Überdehnung des Begriffs der Randgruppe und das Verschwinden der Abgrenzung der zu betreuenden Gruppe gegenüber der „normalen“ Mehrheit verwandelt den Staat in den Moderator von rivalisierenden Gruppen, die in immer größerem Ausmaß ihre jeweiligen Forderungen mit dem ethischen Prinzip schlechthin gleichsetzen. Da diesem Prinzip, wenn es mit konkreten Forderungen gleichgesetzt wird, kein Staat entsprechen kann, führt der ethische Rigorismus häufig zur Ablehnung des demokratischen Staates. Andererseits beansprucht der totalitäre Staat, mit dem ethischen Prinzip identisch zu sein, so daß er – bei unpolitischer und unhistorischer Betrachtung – gerade für sozial sensible Menschen anziehend wirkt. Es ist zu überprüfen, ob bei der Mannheimer Erklärung der CDU genügend deutlich gemacht wurde, daß die Berücksichtigung der echten Randgruppen den starken Staat voraussetzt, der sich gegen die großen – auch mit sozialen Ansprüchen auftretenden – Gruppen durchsetzen kann, daß also die Vergesellschaftung des Staates die Lösung gerade dieser wichtigen gesellschaftspolitischen Aufgabe verhindert. Weiter ist zu prüfen, ob das Subsidiaritätsprinzip nicht dadurch ausgehöhlt wurde, daß durch zu weitgehende Reglementierung der freien Träger der Raum eigener diakonischer Arbeit eingeengt und der Unterschied zu staatlicher Sozialpolitik als Teil der Ordnungspolitik verlorengegangen ist oder doch verwischt wurde.

Die Motive der im sozialen Bereich beobachteten Verhaltensweisen schlagen auf die Einstellung außenpolitischen Fragen gegenüber durch. Man beobachtet ein sehr starkes Mißtrauen gegenüber der Macht des dem Schutz der Freiheit dienenden Staates, während man die Macht, die sich mit Freiheit schlechthin identifiziert, grundsätzlich für ethisch

besser begründet hält. Das ist der Grund, warum man totalitären Staaten und revolutionären Bewegungen mit größerer Sympathie oder gutwillig naiv begegnet. Eine Zeit, die nicht mehr aus sittlicher Verantwortung heraus handelt, sondern die das moralische Prinzip zur unmittelbaren Handlungsanweisung macht, kann mit dem freiheitlichen Staat wenig anfangen, der ja gerade von der Vorläufigkeit und der Möglichkeit des Irrtums in seinem Handeln ausgeht. Deshalb ist die Diskussion über eine Beurteilung der Machtverhältnisse in der Welt und über die daraus sich ergebenden Konsequenzen für unser politisches Verhalten oft so schwer, weil ein immer größerer Teil unseres Volkes solcher Analyse gleichgültig gegenübersteht: es geht ihr — weit über die Kreise der Sozialisten hinaus — um den Entwurf einer nicht mehr mit Fakten rechnenden, sondern diese Fakten überwindenden Politik. Charakteristisch ist das Gewicht verabsolutierender Allgemeinplätze: „Weltinnenpolitik“ zur Ablehnung nüchterner Außenpolitik.

Für die CDU kommt erschwerend hinzu, daß man in den Kirchen vielfach — wenn auch aus andersgearteter, theologischer Begründung — zu ähnlichen politischen Konsequenzen kommt wie die Sozialisten. Wenn ich die durch Christus geschehene Überwindung der Welt und den an uns ergangenen Ruf zur Nachfolge radikalisiere und vollständig vergegenwärtige, komme ich zu einer jede Politik bedrohenden Relativierung der Fakten, die für konkretes Handeln wichtig sind. Das Problem tauchte nach dem Krieg auf in Auftreten und Wirken Gustav Heinemanns; es erklärt die seinerzeit fast einmütige Zustimmung kirchlicher Kreise zu Willy Brandts Ostpolitik; auch die große Zahl der Wehrdienstverweigerer hat hier eine Ursache.

Diese Entwicklung ist deshalb so gefährlich, weil sie nicht nur praktische Politik als Kunst des Möglichen in Mißkredit bringt, sondern auch die Auseinandersetzung zwischen Parteien unmöglich macht. Wo eine denkbare politische Lösung mit moralischem Absolutheitsanspruch auftritt, wird die Diskussion verweigert.

Die fast einhellige Zustimmung vieler Intellektuellen, nicht zuletzt vieler Journalisten, zu einer nicht mehr an Fakten, sondern an Vorstellungen orientierten Politik ist ähnlich begründet, nur daß im Hintergrund weitgehend eine völlig säkularisierte Zukunftserwartung steht. Diese Beobachtung ist nicht neu, neu ist nur, daß diese nicht in der praktisch politischen Verantwortung stehende Schicht von großem Einfluß auf die Meinungsbildung ist. Dieser Einfluß ist um so größer, als die Kirchen kaum noch korrigierend wirken und aller auf Erfahrung sich gründender Einfluß generell diffamiert wird; das ist konsequent, da Erfahrung konsolidierend und antirevolutionär wirkt. Die Intellektualisierung des Bildungswesens und ein weithin positivistischer Wissenschaftsbegriff wirken in gleicher Richtung.

Wer bei der Bewertung einer Ordnung — z. B. im sozialen Bereich und in der Rechtspflege — davon ausgeht, wie weit sie dem Einzelfall gerecht wird, kommt zur Abwertung einer Rechtsordnung schlechthin. Hier liegt eine Ursache der Krise des Rechtsdenkens und damit auch des Rechtsstaates. Während der Rechtsstaat aufgrund bestimmter ethischer

Vorentscheidungen Ordnungen setzt, wohl wissend, daß im Blick auf den Einzelfall die Ordnung durch den Entscheidungsspielraum der ausführenden Behörde und durch außerstaatliche Kräfte ergänzt werden muß, fordert man heute die prinzipielle Lösung des Einzelfalls; die Antiterrorgesetze werden nicht danach bewertet, ob sie Terrorismus einschränken, sondern danach, ob sie gegebenenfalls den einzelnen Beschuldigten unbegründeter Begrenzung seiner Rechte aussetzen könnte. Die Gesellschaft ist gegenüber dem möglichen Unrecht im Einzelfall so stark sensibilisiert, daß sie unfähig wird, das Recht praktisch durchzusetzen.

Bei genauer Untersuchung zeigt sich, daß die hier aufgezeigte Veränderung der geistigen Lage auf vielen Gebieten sich so auswirkt, daß das moderne Denken in einen grundsätzlichen Gegensatz zu Grundsätzen und Wegen klassischen politischen Denkens gerät. Während aber vor 1933 sich eine grundsätzlich ähnliche Veränderung des Denkens in großen nicht-demokratischen Parteien seinen politischen Ausdruck schuf, hat sie heute große demokratische Parteien selbst ergriffen und ihr politisches Handeln entscheidend beeinflusst.

Die innere Lage der CDU

Eine so tief greifende Veränderung der geistigen Situation muß eine große Volkspartei berühren, und zwar sowohl im Hinblick auf ihre Umwelt als auch hinsichtlich der eigenen geistigen Positionen. Die Modernität der CDU bestand bei ihrer Gründung gerade in einer konsequenten Entideologisierung des Politischen. So konnte sie tatsächlich auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes konservative, liberale und soziale Aspekte in Programm und Mitgliedschaft vereinen. Die soziale Marktwirtschaft setzt Rahmenbedingungen, ruft zur sozialen Verantwortung, aber verzichtet auf die Verwirklichung eines Sozialstaates absoluter Gerechtigkeit; sie mobilisiert Erwerbsstreben und Leistungsbereitschaft, nimmt grundsätzlich Mißbrauch in Kauf, weil sie den korrigierenden Kräften der freien Wirtschaft etwas zutraut und davon ausgeht, daß ein gutes Ergebnis schließlich allen zugute kommt.

In der Außenpolitik geht sie aus von der Entscheidung gegen jede totalitäre Ideologie und von der Einsicht, daß die Welt ohne Drohung und Gewalt eine Utopie ist. Dadurch wurde diese Politik sowohl stetig als auch in den von der Grundentscheidung her möglichen Grenzen flexibel. Meinungsverschiedenheiten entstanden durch die verschiedene Einschätzung der Fakten und der erwarteten Entwicklungen, nicht in der grundsätzlichen Beurteilung der Aufgabe und der deutschen Möglichkeiten. Selbst die SPD war unter Ollenhauer und Eiler noch in der Lage, nach der Reise nach Moskau einer neutralistischen Politik den Abschied zu geben, weil man zur nüchternen Beurteilung der Fakten noch fähig war. Heute ist zu fragen, ob sie noch fähig ist, solche Fakten zu sehen und ihre Entscheidungen daran zu orientieren, oder ob sie hofft, durch Leugnen der Gegebenheiten den gewünschten, tatsächlich aber irrationalen Zustand herbeizuführen.

Innere Schwierigkeiten entstanden für die CDU dann, wenn einer der genannten Aspekte mit abso-

ludem Anspruch auftrat. Das lag nahe in der Sozialpolitik, weil kirchliche Lehräußerungen leicht als unmittelbare politische Handlungsanweisungen mißverstanden und damit als ethisch höherrangig betrachtet werden konnten als zum Beispiel die Sicherung der Marktwirtschaft. Solche Spannungen wuchsen um so mehr, je größer der Abstand zu den Erfahrungen der Anfangszeit wurde. Entscheidungen, die aufgrund bestimmter Einsichten und Erfahrungen getroffen wurden, bedürfen neuer Begründung, wenn diese Erfahrungen nicht mehr nachvollzogen werden können.

Angesichts des eigenen Ausgangspunktes ist doppelt bedenklich, daß die CDU eine tiefgreifende Veränderung im theologischen Denken nicht rechtzeitig beachtet hat. Hier liegt ein erhebliches Versäumnis der CDU. Was bei Heinemann zum erstenmal politisch relevant aufleuchtete, war vom Denkansatz der CDU her gerade für den politisch verantwortlichen Christen nicht nachvollziehbar, gewann aber außerhalb der CDU zunehmendes Gewicht (zu untersuchen wäre einmal die Bedeutung von Heinemanns GVP für die Wandlung der SPD!). Dadurch wurde es immer schwieriger, die eigene Position als von der Verantwortung des Christen getragen zu verdeutlichen. In der Reaktion darauf versteifte sich die Haltung vieler CDU-Anhänger, die jene Einstellung als unchristlich empfanden und die Fähigkeit zum Gespräch verloren. Während also die Nähe zur Kirche verlorenging, identifizierte die Öffentlichkeit die CDU mit der Kirche — vornehmlich der katholischen — dort, wo Kirche auf bestimmte, vom Menschen aber weithin nicht mehr anerkannte Ordnungen drängte; man unterstellte, daß die CDU die kirchlichen Forderungen politisch verwirklichen werde. So wirkte ein Wort der Bischöfe zur Empfängnisverhütung gegen die CDU, obwohl diese zu dem ganzen Problem nichts sagt und von ihrem Verständnis der Aufgaben einer politischen Partei auch nichts sagen kann. Diese Schwierigkeit wirkt weit in die Partei hinein.

Es ist der CDU nicht gelungen deutlich zu machen, daß sie gerade um der Freiheit des einzelnen willen an Ordnungen des Staates und an Gewissensbindungen — beides ist auseinanderzuhalten — festhält.

Es ist der CDU weiter nicht gelungen, als grundsätzlich denkende Partei zu gelten. Die Diskussion um das Grundsatzzprogramm wurde von der Öffentlichkeit mehr unter der Frage der Stellungnahme zu Teilbereichen beobachtet als unter der von der CDU gesehenen Aufarbeitung von Grundsatzzfragen. Offenbar haben sich die Vorstellungsbereiche von CDU und der öffentlichen Meinungsträger schon zu weit auseinanderbewegt, als daß die thematische Diskussion noch stattfinden könnte. Es wirkt sich auf die geistige Lage der CDU ebenso wie auf ihr Bild in der Öffentlichkeit bedenklich aus, daß man sich führende Vertreter der SPD im Kreise lebender Schriftsteller oder einen modernen Roman lesend vorstellen kann, daß man solche Bilder schwerlich mit einem CDU-Repräsentanten verbindet. Natürlich begründet die verschiedene Grundhaltung einen unterschiedlichen Redestil und ein anderes Vokabular. Nur erweckt das bei vielen den Eindruck einer technischen Denkweise, was für uns nüchterne Sachlichkeit ist.

Die Folge davon ist, daß die CDU auf ihren eigenen Gebieten in den Augen der Öffentlichkeit die Kompetenz verloren hat, nicht etwa weil ihre Vertreter nicht mehr als sachverständig gelten könnten, sondern weil die Öffentlichkeit den einzelnen Sachbereichen andere Aufgaben stellt; das gilt ganz deutlich zum Beispiel für Wirtschafts- und Entwicklungspolitik.

Zudem hat die — richtige — Hinwendung zur Basis in der CDU weithin zu einer Kommunalisierung der Politik geführt. Die Sorge für das Einzelproblem erschien nicht mehr als Konsequenz der Grundsatzentscheidung, sondern trat an deren Stelle. Dadurch verlor die Partei an der Basis zum Beispiel die Fähigkeit zur außenpolitischen Diskussion. Auch das führte zur Isolierung gegenüber Teilen der Öffentlichkeit.

Die Konsequenzen aus dieser Analyse für die CDU

Wenn die vorgetragenen Analysen auch nur im Groben richtig sind, dann ergeben sich für die CDU theoretisch drei Möglichkeiten:

a) Die CDU vollzieht den beobachteten geistigen Wandel für sich selbst weitgehend nach, übernimmt das oben beschriebene Verständnis von Christlichkeit und versucht ein die früher gültigen Grundlagen verleugnendes oder wenigstens kaschierendes „Godesberg“.

b) Die CDU nimmt die Entwicklung hin, verzichtet auf den Anspruch, Volkspartei zu sein und zieht sich auf eine verkleinerte, aber weltanschaulich geschlossene Basis zurück.

c) Die CDU versucht in einer großen geistigen Anstrengung, sich selbst der notwendigen Diskussion wieder zu öffnen und die beschriebenen Trends zu korrigieren, nicht um zur Lage der 50er Jahre zurückzukehren, aber um die Flexibilität und Grundsatztreue zurückzugewinnen, die in einer dann weniger ideologisierten Umwelt wieder erfolgreich sein können.

Die Möglichkeit a) scheidet aus, weil eine Partei sich selbst aufgäbe, wenn sie sich von ihren Grundlagen lösen wollte. Sie würde damit auch die Leistungen der Vergangenheit als Irrweg bezeichnen müssen. Die politische Zukunft der Bundesrepublik, ja Europas wäre bedroht, weil ohne den von der CDU bisher vertretenen Ansatz Freiheit kaum durchzuhalten wäre.

Die Möglichkeit b) muß auch außer Betracht bleiben, obwohl sie positive Seiten hat. So würde wahrscheinlich der Verzicht auf den Charakter der Volkspartei die Koalitionsschancen verbessern, weil man nicht mehr um dieselben Wählergruppen wüßte wie die FDP. Aber auf Dauer wäre das Absinken zu konventikelhaften, auf sich selbst zurückgeworfenen und damit politisch unfruchtbaren Gruppen nicht zu vermeiden. In der Wechselwirkung würden auch Entwicklungen zurückgenommen werden, die durch die CDU zum Beispiel im Verhältnis der Kirchen zur Welt eingeleitet und gefördert worden sind.

Um die unter c) genannte Möglichkeit zu verwirklichen, ist nach der Analyse der geistigen Lage eine Analyse der politischen Aufgaben auf außen- und innenpolitischem Gebiet in umfassendem Sinn not-

wendig. In einer umfassend zu führenden innerparteilichen Diskussion muß die Bedeutung außenpolitischer und wirtschaftspolitischer Fragen für das tägliche Leben und für unser Verständnis von Freiheit klargelegt werden; Notwendigkeit des Ordnung setzenden Staates und Grenzen bloßer Gesellschaftspolitik sind darzulegen; der Unterschied von Ideologisierung und weltanschaulicher Orientierung muß aufgezeigt werden. Das ist deshalb schwierig, weil wir bis in die Sprache hinein in den Fähigkeiten zu solcher Einsicht begrenzt worden sind. So hat das Vordringen soziologischer Begriffe dazu geführt, daß andere als soziologische Kategorien im gesamten politischen Bereich kaum noch Gewicht haben. Das bedeutet nichts anderes, als daß wir versuchen müssen, auf dem Wege rationaler Erkenntnis zu den Ergebnissen zurückzufinden, die vor 30 Jahren aufgrund von Erfahrungen und Überzeugungen gewonnen worden waren. Unter Ergebnissen verstehe ich hier nicht die Programme der 50er Jahre, sondern die Einsichten, die dann zu Entschlüssen führten; übrigens kann rationale Erkenntnis durchaus auch Erfahrungen vermitteln.

Was ist zu tun?

Erste Schritte und langfristige Aufgaben.

Im Grunde ergeben sich aus dem Dargelegten vielfältige Konsequenzen. Die folgenden Hinweise sind weder vollständig noch bedeutet ihre Reihenfolge eine Rangordnung.

a) Die Diskussion um die Grundwerte ist neu zu beleben. Das kann nicht so geschehen, als ob wir Werte für uns beanspruchten und sie bei den anderen vermißten. Vielmehr handelt es sich um die Rangordnung der Werte, um ihre Interpretation und um den Nachweis, daß zum Beispiel ethische Wertentscheidungen der Absicherungen durch Ordnungen bedürfen, auch um den Nachweis, daß nach aller geschichtlichen Erfahrung ohne solche an Werte gebundene Ordnung Freiheit nicht durchzuhalten ist.

b) Wir müssen uns um die Inhalte der Bildung bemühen. Ein Volk ohne geschichtliches Denken und ohne Sprachgefühl kann nicht mehr demokratisch entscheiden, sondern fällt jeder Ideologie zum Opfer. Aus diesem Grund sind bestimmte schulpolitische Entscheidungen, aber auch die Ausbildung der Lehrer, neu zu überprüfen.

c) Wir müssen das Gespräch mit den Intellektuellen wieder aufnehmen, auch mit Künstlern usw. Oft genügt es zu erkennen zu geben, daß man den Rang des Künstlers anerkennt, auch wenn man seine politische Haltung ablehnt.

d) Wir müssen die Unabhängigkeit der Medien wieder sichern dadurch, daß unterschiedliche Auffassungen wieder zu Wort kommen können. Das gilt auch für die Presse.

e) Wir müssen das Gespräch mit den Kirchen auf allen Ebenen suchen, nicht zuletzt der Kirche wegen. Gemeindeglieder müssen darauf hinweisen, daß die radikale Vergegenwärtigung der Botschaft und die Begrenzung auf das Soziale die Verbindung zu der Wurzel bedrohen und damit auch Vergegenwärtigung und Caritas in Frage stellen. Die Frage, ob wir die Gefallenheit der Welt nicht auch

so ernst nehmen müssen, daß wir mit ihren Fakten nüchtern rechnen, muß aus dem politischen Raum in die Kirche hinein gerichtet werden.

f) Wir müssen vom Staat her denken lernen. Das wird schwer sein gerade für die aktiven Teile der CDU in Sozialpolitik und kommunalem Bereich. Denn während Außen-, Wirtschafts- und Rechtspolitik und ihre Vertretung in und durch die CDU in den ersten zwei Jahrzehnten anziehend wirkten, erfolgte in den letzten Jahren der Zugang mehr über die erstgenannten Interessengebiete.

g) Wir müssen innerhalb der Partei partnerschaftlicher miteinander umgehen; d.h. aber auch, daß wir Instrumente der innerparteilichen personalen Auseinandersetzung entwickeln. Denn das gehört auch zum Verlust politischer Haltung, daß die Öffentlichkeit persönliche Rivalitäten, die ja von der demokratischen Ordnung nicht verhindert, wohl aber reguliert werden, nicht mehr hinzunehmen bereit ist.

h) Wir müssen lernen, Probleme sachgerecht innerhalb der Partei zu diskutieren und doch mit einer Stimme zu sprechen. Diskussionsbeiträge dürfen nicht zu eigenen Profilierungsversuchen entarten. Ein „Rat der Weisen“ sollte das bei gegebenem Anlaß einmal deutlich machen können.

i) Die CDU muß in Bund und Ländern sorgfältig darauf achten, die föderale Verfassungsstruktur nicht zu verletzen. Ihr Funktionieren ist eine Voraussetzung auch für die Regeneration der Partei!

j) Alle Einzelentscheidungen müssen in große Zusammenhänge gestellt und in ihren langfristigen Wirkungen gesehen werden; beides muß der Öffentlichkeit aufgezeigt werden!

k) Wir müssen alles vermeiden, was als Übernahme von publikumswirksamen Parolen anderer Parteien erscheinen kann. Die Öffnung tragfähigen neuen Gedanken gegenüber erfolgt gerade im Ernstnehmen der eigenen Grundlagen.

l) In eigenen Gesetzentwürfen in Bund und Ländern muß an die Entscheidungsbereitschaft und Entscheidungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes appelliert werden.

Freie Träger müssen eigenen Gestaltungsraum erhalten, selbst wenn dabei Risiken eingegangen werden müssen.

m) Autorität des Staates, des Rechtes auch von Mandatsträgern braucht zur Absicherung Formen und Ordnungen; ihr Verletzen darf nicht als Ausdruck demokratischer Haltung mißverstanden werden.

n) „Demokratische“ Ordnungen sind dort fehl am Platze, wo sie die persönliche Verantwortung untergraben und damit die parlamentarische Demokratie aushöhlen.

Alle diese Aufgaben erfordern eine intensive Diskussion, die in kleinen Kreisen vorbereitet werden muß. In diesen Kreisen müssen nicht die im Rampenlicht stehenden führenden Politiker stehen, auch nicht die Repräsentanten von Vereinigungen und Gruppen, wohl aber solche Freunde und Kritiker der CDU, die zum Nachdenken bereit und gleichzeitig politisch tätig sind.

Predigt im Gottesdienst zur Eröffnung des 10. Deutschen Bundestages

Die Predigt wurde am 29. März 1983 in der Evangelischen Kreuzkirche in Bonn vom stellv. Vorsitzenden des Rates der EKD, Kirchenpräsident D. Helmut Hild, gehalten.

Gelobt sei der Herr täglich. Gott legt uns eine Last auf, aber er hilft uns auch. (Psalm 68,20)

Liebe Gemeinde!

Dieser Psalmvers steht im Herrnhuter Losungsbuch am Anfang der ersten Arbeitswoche des neuen Bundestages. Er steht auch am Anfang der Karwoche. Das ist ein Zusammenhang, der für unsere Überlegungen zu dem Bibelwort Schwerpunkte setzt.

I
Beim ersten Hören richtet sich die Aufmerksamkeit am heutigen Tag vielleicht am stärksten auf die Feststellung: „Gott legt uns eine Last auf.“ In der Tat: Wer heute politische Verantwortung übernimmt, kann nicht übersehen, daß er sich damit Lasten auf die Schultern lädt. Zuerst persönliche Lasten. Die Beanspruchungen im politischen Amt sind groß, und sie wachsen weiter. Es ist schon seltsam: Je stärker unsere Gesellschaft vom Bemühen bestimmt ist, die Lasten des Lebens möglichst gerecht zu verteilen und dem einzelnen Menschen lastende Sorgen abzunehmen, um so mehr bürdet sie denen, die Entscheidungsverantwortung tragen, Lasten auf. Aber diese Lasten sind zu bewältigen. Wer sie übernimmt, ist auch bereit, sie auszuhalten. Ich meine freilich, die Gesellschaft müsse deutlicher erkennen und mehr anerkennen, wie da um ihretwillen Lasten über Gebühr zu tragen sind.

Schwer wiegen die Lasten, die in den Problemen der Zeit aufgehäuft sind. Sie stellen Aufgaben, deren Lösung viel Kopfzerbrechen macht. Denn die Widersprüche sind groß, und überall liegen ihre Fußangeln aus: Bei der Suche nach einer dauerhaften Friedenssicherung, im Ringen um eine Lastenverteilung, die sozial gerecht und wirtschaftlich möglich ist, in der Auseinandersetzung zwischen ökonomischen Zwängen und der Erhaltung der natürlichen Umwelt. Manche Entwicklungen haben Dimensionen angenommen,

die man schicksalhaft nennen kann. Und nicht selten ist Ihnen, den Politikern – in den Regierungsparteien und der Opposition gleichermaßen – klar, daß man den Weg zum Ziel noch nicht sicher weiß, aber dennoch entschlossene Schritte tun muß. Zu solchem Wagnis herausgefordert zu sein, kann für das Gewissen zu einer großen Last werden. Kein Wunder, daß dann Christen, die doch Gott im Weltregiment wissen, zu dem Urteil kommen: Gott legt uns Lasten auf.

Die Karwoche drängt noch zu einem weiteren Aspekt. Friedrich Wilhelm I. von Preußen soll gesagt haben: „Könige müssen mehr sündigen.“ Das war keine Ausrede nach der Art des Sprichwortes: „Wo gehobelt wird, da fallen Späne.“ Nein, damit wird zum Ausdruck gebracht, daß größere Verantwortung mehr Lasten mit sich bringt, mehr Druck auf das Gewissen, mehr Erfahrung von Schuld. Vor diesem Hintergrund kann sich konkrete Belastung zu einer Last verdichten, die man mit eigener Kraft nicht mehr zu tragen vermag.

II

„Gott legt uns eine Last auf, aber er hilft uns auch.“ Beim Nachdenken über dieses Bekenntnis im Zusammenhang der Karwoche wächst das „ABER“ förmlich in Großbuchstaben aus dem Satz heraus. Und es verwandelt sich in die Worte des Passionsliedes von Paul Gerhardt: „Du nimmst auf deinen Rücken die Lasten, die mich drücken viel schwerer als ein Stein.“ Das „ABER“ ist Realität geworden im Geschehen des Karfreitages. Da sind uns durch Gottes Hilfe die Lasten abgenommen worden, die wir nicht tragen können: Die Last, daß unsere Verantwortung nicht als Antwort auf Gottes Wort und Willen bestehen kann; die Last, daß unsere Entscheidungen auch Folgen haben können, die wir nicht

wollen; die Last auch, daß wir unter Umständen sündigen **müssen**.

Wir sind im Lutherjahr. Luthers Entdeckung, mit der er die Kirche und wohl auch die Welt veränderte, ist im Grunde ganz einfach. Sein Entschluß war gescheitert, alle nur denkbaren Alltagslasten auf sich zu nehmen, um sich von der einen tödlichen Last zu befreien, dem drohenden Gericht Gottes. Ganz konsequent und rigoros hatte er sich die schwersten Belastungen aufgebürdet, das harte Klosterleben und dort die niedrigsten Dienste. Doch die Entlastung durch Gott fand er nicht. Im Gegenteil, er sah: „Es ist doch unser Tun umsonst, auch in dem besten Leben.“

Aber dann wurde ihm klar: Unvergleichlich wichtiger als die La-

Aus dem Inhalt

Gelstige Wende? – Gedanken zu den zukünftigen Aufgaben der CDU Albrecht Martin	1
Predigt im Gottesdienst zur Eröffnung des 10. Deutschen Bundestages Helmut Hild	5
Kurz notiert	7/15
Zur Diskussion gestellt: Die zehn Gebote für den Frieden Trutz Rendtorff	8
Aus unserer Arbeit	10
Deutschlandpolitik ist mehr als nur Pflege innerdeutscher Beziehungen Cornelius A. von Heyl	11
Buchbesprechungen	12
Entwicklung und Solidarität Bericht über ein Christlich-islamisches Kolloquium in Afrika Willi Erl	13
Leserbrief	16

sten und das Bemühen um ihre Bewältigung ist die Tatsache, daß Gott ohne Vorbedingungen hilft; daß seine Hilfe nicht den Charakter einer mehr oder minder großen Unterstützung hat, sondern umfassend ist und alles bewältigt. Ja, im Kreuz Jesu Christi wird totale Entlastung und totale Hilfe offenbar. Luther hat es so ausgedrückt: Christus „hat damit allen, die glauben, all sein Gut zu eigen gegeben, sein Leben, womit er den Tod verschlungen, seine Gerechtigkeit, mit der er die Sünde vertilgt, und seine Seligkeit, durch die er die ewige Verdammnis überwunden hat.“ Wir müssen zustimmen: Da wird Hilfe erlebt in einem Ausmaß, für das der Begriff „Hilfe“ eigentlich schon nicht mehr zureicht.

III

Von der Erfahrung solcher Hilfe war fortan Luthers ganzes Leben geprägt, auch sein politisches Urteil. In der Schrift „An den christlichen Adel deutscher Nation“ nimmt er zu befürchteten Gewaltaktionen der katholischen Reichsstände gegen den evangelischen Aufbruch Stellung. Er sagt: „Das Erste, was in dieser Sache zu geschehen hat, ist, daß wir uns ja mit großem Ernst vorsehen und nicht etwas anheben im Vertrauen auf große Macht und Vernunft, auch wenn aller Welt Gewalt unser wäre. Denn Gott kann und will es nicht leiden, daß ein gutes Werk angefangen werde im Vertrauen auf eigene Macht und Vernunft.“

Ich kann mir vorstellen, daß sich bei Ihnen, die Sie jetzt die Last politischer Verantwortung neu auf Ihre Schultern nehmen, Widerspruch regt. Denn wie anders sollen die schweren Aufgaben angegangen werden als im Vertrauen auf die eigene politische Kraft und mit dem Willen, vernünftige Lösungen zu finden? Doch Sie werden auch spüren, daß mit forscher Entschlossenheit nichts zu machen ist. Innerhalb der weltweiten Widersprüche und Konfrontationen politische Verantwortung für ein einflußreiches Land zu tragen heißt doch gewissermaßen, ein Stück von der Rolle des Atlas zu übernehmen, der den Einsturz des Weltgebäudes verhindern mußte.

Den Atlas und seine riesigen Kräfte gibt es nur in der Sage. Sie aber, die Politiker, brauchen Kraft

von dem, der allein unsere Welt hält und trägt. Darum geht eine große Veränderung vor, wenn man sich auf Gottes Hilfe ganz verläßt. Weil man die Sorgen, die man nicht tragen kann, auf ihn werfen darf, werden die Lasten leichter. In der Geborgenheit des Gottvertrauens kann sich notwendiges Selbstvertrauen entfalten, und die Vernunft wird frei, ihren Dienst als hilfreiche Gabe Gottes zu leisten.

IV

Die Botschaft vom Kreuz sagt uns: Diese Entlastung, diese Hilfe, diese Freiheit findet sich bei Jesus Christus. An seinem Kreuz bestätigt sich ein für allemal, daß Gottes Hilfe für uns wie Gott selber ist: Die Fülle des ganzen Lebens. Jeder von uns ist aufgerufen, alle Tage neu, die Lebenshilfe Gottes zu empfangen. Und Sie, die Politiker, sind aufgerufen, die Hilfe in Anspruch zu nehmen für die konkreten Lasten, die Sie erwarten.

Um die Tragweite dieser Hilfe gerade für das politische Amt ganz zu erfassen, müssen wir noch einem kleinen Wort in unserem Psalmvers Aufmerksamkeit schenken. Der Psalmist, der doch ein Einzelner ist, sagt nicht: Gott legt **mir** eine Last auf, aber er hilft **mir** auch. Er spricht von „**uns**“. Ein wesentliches Element der Hilfe Gottes besteht darin, daß er aus dem „ich“ ein „wir“ und aus dem „mir“ ein „uns“ macht. Die politische Bedeutung liegt auf der Hand. Heute morgen konstituiert sich der neue Bundestag. Die Abgeordneten reihen sich in ihre Fraktionen ein, die sehr unterschiedliche Vorstellungen von der Bewältigung der aktuellen Lasten haben. Verschiedene Auffassungen führen leicht zu Gegensätzen, die die notwendige Gemeinsamkeit der Volksvertretung vergessen lassen. Doch in allen Fraktionen sitzen Christen. Sie können eigentlich nicht übersehen, daß alle unter einer gemeinsamen Herausforderung durch die Lasten, aber auch unter der gemeinsamen Verheißung von Hilfe stehen. Auch das schafft Raum für die Freiheit, die Sachauseinandersetzung sachlich zu führen.

Das „uns“ öffnet den Blick über die Gemeinschaft im Glauben, ja sogar über die Gemeinsamkeit in Volk und Staat hinaus. „Also hat Gott die Welt geliebt“, sagt die Bibel. „Gott legt uns eine Last auf,

aber er hilft uns auch“ – das gilt letztlich allen Menschen. Wer die Hilfe Gottes für sich selbst in Anspruch nimmt, mit der ihm ganz und gar geholfen ist, wird damit auch in die Pflicht genommen, die Lasten der anderen zu sehen und die eigene Freiheit von Lasten zur Hilfe beim Tragen **ihrer** Lasten zu nutzen.

Auch hier kann Martin Luther guten Rat geben. Im Sermon „Von weltlicher Obrigkeit“ spricht er zwar von Fürsten und Untertanen. Heute ist es umgekehrt: Die Bürger sind der Souverän und die Entscheidungsträger ihnen verantwortlich. Doch die **Aufgabe**, die damals die Fürsten hatten, tragen heute die Politiker. Einem Fürsten schreibt Luther ins Stammbuch: „Er soll Christi Bild sich vor Augen stellen und so sagen: Siehe, Christus, der oberste Fürst, hat mir gedient; er hat nicht danach gesucht, wie er Gewalt, Gut und Ehre an mir gewinne, sondern hat nur auf meine Not gesehen, daß ich Gut und Ehre an ihm und durch ihn gewinne. Ebenso will ich's auch machen: Ich will an meinen Untertanen (Mitbürgern) nicht das Meine suchen, sondern das Ihre.“

In der Gemeinschaft der Kirche dürfen die Politiker freilich auch ihrerseits mit Menschen rechnen, die an den Lasten mittragen wollen. Durch die Fürbitte, mit der die Gewißheit der Hilfe Gottes gestärkt wird, durch Beiträge zu umstrittenen Entscheidungen und auch durch kritische Anfragen. Mitunter haben jedoch Christen im politischen Amt den Eindruck, ihre Kirche vermehre mit manchen Aussagen die Lasten. Aber Gottes Hilfe manifestiert sich in den verschiedensten Gaben und erst zusammen bieten sie ein Bild von ihrer Fülle. Darum sollen Christen aufeinander hören und sich befragen. Sie helfen sich damit, weil sie sich gegenseitig ihre Erfahrung von der Hilfe Gottes bezeugen. Das gilt auch für die Suche nach der Sicherung des Friedens, wo die Unterschiede der Erkenntnis wohl am meisten schmerzen. Wo sich freilich auch die Frage am entschiedensten stellt, was das heißt: Aber er hilft uns auch.

Gott braucht viele Menschen, die in der unbedingten Gewißheit seiner Hilfe Lasten auf sich nehmen und anderen helfen. Das ist der Dank, den er für die totale Entla-

stung „aus lauter väterlicher göttlicher Güte und Barmherzigkeit, ohn all unser Verdienst und Würdigkeit“ beansprucht. Dieser Dank verbindet sich mit der einzigartigen Ehre, dem Herrn der Welt bei der Erhaltung seiner geliebten Welt zu helfen und den Menschen zu dienen, die sein Ebenbild sind.

So dürfen Sie, die Politiker, im Glauben auch Ihr Amt verstehen. Sie dürfen es angesichts Ihrer schweren Verantwortung als eine besondere Ehre verstehen, als ein besonderes Gefäß, in dem Gott seine Hilfe an die Menschen weitergeben will. Die Kraft für Ihren Dienst empfangen Sie, liebe Brü-

der und Schwestern, wenn Sie beginnen, wie der Psalmist begonnen hat: „Gelobt sei der Herr täglich!“ Denn beim Loben und Danken stellt sich jeden Tag neu die Erfahrung ein: „Gott legt uns eine Last auf, aber er hilft uns auch!“

Amen

Kurz notiert

Der Leiter der evangelischen Unternehmer: Kirche tut zu wenig gegen Säkularisierung

Heidelberg: Die Kirche geht den Ursachen der zunehmenden Säkularisierung des Menschen nicht genug nach. Zu diesem Fazit kommt der Vorsitzende des Arbeitskreises Evangelischer Unternehmer, Dr. Wolfgang Heintzeler, Heidelberg, in seiner jetzt in Stuttgart erschienenen Autobiographie „Der rote Faden“. Was die Menschen heute von der Kirche erwarteten, sei eine „Antwort auf die Sinnfrage“ und nicht „ein Eintreten für ihre materiellen Interessen – das können die Gewerkschaften viel besser –, auch nicht das Eintreten für eine radikale Veränderung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse“. Solche Veränderungen würden von der Masse der Arbeitnehmer sehr viel skeptischer betrachtet als von manchem Soziologen oder Politologen, schreibt Heintzeler, der auch der EKD-Synode angehört. Als Zeichen, daß die Säkularisierung auch vor der Kirche nicht Halt gemacht habe, beklagte Heintzeler ferner eine „unverkennbare“ Politisierung des Kirchenparlaments.

Scharfe Kritik übte Heintzeler an einem Papier, das der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt (KDA) zur EKD-Synode 1982 in Berlin vorgelegt hatte. Darin war unter anderem der Antikommunismus als eine „blinde und bornierte Haltung“ bezeichnet worden. Heintzeler befürchtet, daß durch solche Publikationen die Kluft zwischen Kirche und Arbeitswelt noch vergrößert wird: „Die meisten deutschen Arbeitnehmer haben im allgemeinen ein gutes Gespür dafür, ob ihnen echte Hilfe durch den Glauben angeboten wird oder ob ihnen im Gewand theologischer Betrachtungen revolutionäre, soziologische, utopische Kost vorgesetzt wird.“ Das KDA-Papier stelle ein Bekenntnis zum Neo-Marxismus, zum Klassenkampf und zu pro-kommunistischer Haltung dar. Es müsse im Zusammenhang mit dem seit 15 Jahren

von linksorientierten Kräften propagierten „langen Marsch durch die Institutionen“ gesehen werden.

Trotz seiner heftigen Kritik tritt Heintzeler für einen Verbleib in der evangelischen Kirche ein. Austritt bedeute „Verzicht auf Mitgestaltung und einen Sieg für diejenigen, die die EKD zielstrebig umfunktionieren wollten“. Das Verbleiben habe aber nur dann Sinn, „wenn man nicht nur zähneknirschend die Kirchensteuer weiterzahlt, sondern wenn man sich aktiv innerhalb der Kirche für das einsetzt, was man als richtigen Weg im Sinne des Evangeliums betrachtet“.

Helmut Thielicke: Wo sind die Leitbilder?

Hamburg: „Wir dürfen als Christen die Weltverantwortung nicht Karl Marx und seinen Schülern überlassen. Im Unterschied zu den Marxisten sagen wir jedoch eindeutig: Wer die Welt verändern will, muß sich zuerst einmal selbst ändern. Die eigene Bekehrung, das eigene Engagement ist das Thema Nummer Eins.“ Diese Ansicht vertrat der Hamburger Theologe Prof. Dr. Helmut Thielicke in einem Interview mit dem Pressedienst der Ev. Allianz „idea“. Der Marxismus hat – so Thielicke, der zu den bedeutendsten Theologen des 20. Jahrhunderts zählt – deshalb eine atheistische Gestalt angenommen, weil die Kirche des 19. Jahrhunderts die Probleme der Arbeiter übersehen hat. Weil man auch grundsätzlich das Verhältnis von Gott und Welt nicht bedachte, habe sich die Welt vereinseitigt und „emanzipiert“. Dadurch sei ein Vakuum entstanden, in das der „feindliche Geist“ des Säkularismus „nahezu hemmungslos einströmen konnte“. Die Zukunft des Christentums in einer säkularisierten Welt hänge davon ab, in welchem Maße es sich „weltnah und weltgestaltend verhält, ohne dabei welthörig zu wer-

den und sein Eigenstes zu verlieren“. Letzteres ist allerdings – so Thielicke – beispielsweise bei den Evangelischen Studentengemeinden geschehen. Sie hätten zunächst aus durchaus christlichen Motiven politische Solidarität mit allen möglichen Minderheiten gesucht. Dann aber sei die Wurzel, der biblische Auftrag, vergessen worden und „man ist immer mehr zu Politclubs geworden“. Eine ähnliche Gefahr sieht der evangelische Theologe beim Weltkirchenrat in Genf. Er habe sich aus dem zunächst ebenfalls christlich motivierten Antirassismusedanken in ideologische Kraftfelder abdrängen lassen und sei so „zu einer Solidarisierung mit politischen – auch Gewalt in Anspruch nehmenden – Widerstandsbewegungen gekommen, die durch seinen geistlichen Auftrag zweifellos nicht mehr gedeckt ist“.

Weltweite Verbreitung der Bibel gestiegen

Stuttgart: Mit 10 833 Millionen Exemplaren Gesamtauflage war die Bibel auch im vergangenen Jahr das am weitesten verbreitete Buch in der Welt. Wie aus dem jetzt veröffentlichten Jahresbericht 1982 des Weltbundes der Bibelgesellschaften in Stuttgart hervorgeht, wurden außerdem 12 177 Millionen Exemplare des Neuen Testaments weitergegeben. Die Zahl der verteilten Broschüren mit Bibeltexten belief sich auf rund 23 382 Millionen Exemplare. Die Gesamtverbreitung von Bibeln, Neuen Testamenten und Bibelteilen lag damit leicht über der des Jahres 1981. Nach wie vor am weitesten verbreitet ist die Bibel in den USA (1,7 Millionen), gefolgt von Südkorea (871 000). An dritter Stelle liegt Südafrika mit 747 000 Bibeln vor der Bundesrepublik Deutschland mit 678 000 Bibeln. Der Bibelabsatz im Bundesgebiet erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 100 000 Exemplare.

Zur Diskussion gestellt:

Die zehn Gebote für den Frieden

neufundiert und ausgelegt von Prof. Dr. theol. Trutz Rendtorff

In der Friedensdiskussion unserer Tage werden neue Antworten gesucht auf alte Fragen, die uns lange und immer wieder bewegen. Doch es gibt auch alte Antworten auf heute neugestellte Fragen. Die zehn Gebote sind eine solche alte Antwort, in deren Licht wir vieles von dem, was uns heute in der Friedensdiskussion bewegt, klarer und deutlicher beurteilen können.

Heute wird in der Kirche der Ruf laut: Redet eindeutig! Der Ruf nach Eindeutigkeit schafft jedoch die Widersprüche nicht aus der Welt, die im Streit um den Frieden auftreten. Eindeutig reden um des Friedens willen heißt darum, mit diesen Widersprüchen auf eine wahrhaftige Weise umzugehen. Das fängt damit an, die Mahnung Jesu aus der Bergpredigt ernst zu nehmen: „Was siehst du den Splitter in deines Bruders Auge, aber den Balken in deinem eigenen Auge wirst du nicht gewahr?“ (Matth. 7,3). Der Streit um den Frieden ist bereits der Ernstfall des Friedens und darf darum nicht im Geiste gegenseitiger Verurteilung oder Verdammung ausgetragen werden.

Die hier unternommene Neuformulierung und Auslegung der zehn Gebote für den Frieden beansprucht nicht, die notwendige differenzierte Diskussion der Friedensfrage weiterzuführen, wie sie z. B. in der Denkschrift der EKD „Frieden wahren, fördern und erneuern“ von 1981 ihren Niederschlag gefunden hat. Sie formuliert elementare Grundhaltungen in der Friedensfrage im Licht der zehn Gebote.

Das erste Gebot für den Frieden, an das wir uns in jedem Falle halten sollen, lautet:

Wenn Du Frieden willst, dann trage bei zum Vertrauen auf Gott.

Das erste Gebot ist ein Ruf zu dem Vertrauen darauf, daß Gott im Regimente sitzt und die Entscheidung über das Gelingen des Lebens letztlich allein von ihm abhängt. Das ist der Glaube, an den wir in jedem Falle gewiesen sind, das Vertrauen auf Gott als dasjenige wie Martin Luther gesagt hat, woran wir unser Herz hängen. Dieses Vertrauen ist das tragende Fundament für einen friedensfähigen Umgang mit dem Frieden, ein Fundament, von dem wir über

unser eigenes Vermögen hinaus reden können und sollen. Darum werden wir auch erst dann politikfähig, wenn wir darauf verzichten, in einem letzten Sinne selber Herr der Geschichte sein zu wollen. Dieses Vertrauen kann eine befreiende Rolle spielen gerade angesichts der Widersprüche, in denen wir in bestimmten Fragen gegeneinander stehen. In dieser Angewiesenheit auf das Vertrauen zu Gott gibt es einen Weg für die Verständigung unter Menschen, die sonst vielleicht nicht mehr miteinander reden können. „Euer Vertrauen soll Gott sein, sonst werdet ihr umkommen“ (Martin Luther).

Das zweite Gebot für den Frieden lautet:

Wenn Du Frieden willst, dann mißbrauche nicht Deine eigene Überzeugung zur Verurteilung anderer.

Das zweite Gebot spricht davon, daß wir den Namen Gottes nicht fälschlich anrufen sollen. Von Gustav Heinemann stammt der Ausruf: „Christus ist nicht gegen jemanden gestorben, sondern für uns Menschen“. Darum will das zweite Gebot für den Frieden dem Mißbrauch von Überzeugungen wehren, mit dem andere in ihrem Gewissen bedrängt werden. Die Kirche muß, wo sie sich an der politischen Diskussion beteiligt, aus Gründen ihres eigenen Bekenntnisses solchem Mißbrauch der Anrufung des Namens Gottes entgegenreten. Im Lichte dieses zweiten Gebotes für den Frieden ist die Friedensdiskussion deshalb auch ein Testfall für die Achtung der Demokratie. Dazu gehört es, den politischen Kompromiß nicht zu verachten, sondern als eine Konsequenz aus der richtigen Unterscheidung zwischen Gottes Regiment und dem Regieren der Menschen anzuerkennen, die Bergpredigt nicht gegen andere ins Feld zu führen, sondern auf sich selbst anzuwenden, und vor allem Gott die Ehre zu geben, damit wir uns untereinander noch respektieren und achten können.

Das dritte Gebot für den Frieden lautet:

Wenn Du Frieden willst, dann stärke die Gemeinschaft.

Die Heiligung des Feiertages, von der das dritte Gebot spricht, verweist auf den Gottesdienst und damit auf die symbolische Darstellung dessen, was wir als Christen gemeinsam empfangen und woraus die Gemeinschaft der Kirche lebt. Darum ist dieses Gebot ein Gebot des Friedens angesichts vieler Aktivitäten, die uns trennen. Je aktiver wir sind, als Gruppen, als einzelne, als Bewegung, um so mehr tritt hervor, was uns trennt. Auch aktive Diskussionen um den Frieden können diese trennende Wirkung haben. Um so wichtiger wird dann das Wissen um dasjenige, worin wir uns zusammenfinden können. Darum ist die gemeinsame Feier des Gottesdienstes ein Testfall für den Geist des Friedens unter uns, wenn z. B. Angehörige der Bundeswehr und Wehrdienstverweigerer zusammen das Abendmahl feiern. Den Feiertag zu heiligen, das heißt darum nicht, den Gottesdienst zum Instrument politischer Friedensaktivitäten zu machen, sondern das Gemeinsame aufzusuchen und zu fördern, das Angebot von Wort und Sakrament als Gebot des Friedens zu empfangen.

Das vierte Gebot des Friedens lautet:

Wenn Du Frieden in der Welt willst, dann suche ihn auf politische Weise.

Das vierte Gebot handelt vom Verhältnis der Generationen zueinander, von der Beziehung von Eltern und Kindern. Es gilt dem Verhältnis von Autorität und Mündigkeit. Die emotionale Dramatik, die wir heute in diesem Verhältnis der Generationen erleben, ist exemplarisch für die Leidenschaften, mit denen die Suche nach Selbstverwirklichung, Befreiung und neuem Leben in unserer Gesellschaft aufbricht. Wir können uns auch an der Friedensfrage nicht

engagieren, ohne das mit Leidenschaft zu tun. Aber es ist keineswegs so, daß nur diejenigen wirklich, daß heißt mit Leidenschaft engagiert sind, die ihre persönliche Betroffenheit unmittelbar zeigen und darstellen. Es gibt auch eine Leidenschaft der Vernunft, die in rationale politische Argumentation eingeht, und emotionale Betroffenheit, die sich in mündige Mitverantwortung umsetzt. Die Friedensfrage ruft auf zu politischer Mündigkeit. Dazu gehört, daß die Leidenschaften, die Gefühle, die Ängste, Sorgen und Hoffnungen, die wir haben, politikfähig werden, denn nur so können sie eine konstruktive Rolle spielen und gehen nicht in der Wirrnis und Undeutlichkeit unserer Emotionen unter.

So ist Pazifismus mit Recht als eine Grundausstattung der Demokratie bezeichnet worden, Frieden als die große Leidenschaft, oder, wie jemand gesagt hat, im Grunde sind 99 Prozent der Menschen Pazifisten. Dann aber gilt: Wenn Du den Frieden willst, werde politikfähig. Denn nur dasjenige, worüber unter den Menschen gegenwärtig auf politische Weise Übereinstimmung erzielt werden kann, hat auch eine Zukunft. Und darum entscheidet sich die Zukunft des Friedens in der Gegenwart eines politisch bejahen Gemeinwesens.

Das **fünfte** Gebot für den Frieden lautet:

Wenn Du Frieden willst, dann achte das Leben über alles.

Das fünfte Gebot gilt dem Schutz des Lebens. Es ist das Gebot, das einen Grundpfeiler in der Ordnung menschlichen Zusammenlebens markiert und dessen Verletzung uns immer wieder zutiefst trifft, beunruhigt und herausfordert. Das fundamentale Tötungsverbot ist eine Grundregel des Rechts und fordert, daß Konflikte unter Menschen nicht mit letzter Konsequenz ausgetragen werden, sondern eine unbedingte Grenze am Lebensrecht des Menschen haben. Rechtsfrieden, Sicherung des Friedens durch strikte Bindung an Recht und Gesetz gegen jede Versuchung, den eigenen Willen mit Gewalt durchzusetzen, das ist ein universales Gebot. Daß dieses Gebot auch im Streit unter Völkern und Staaten unbedingte Achtung finde, daß Krieg als Mittel zum Austrag von Konflikten über-

wunden werde, muß als das unabdingbare Ziel aller Friedensbemühungen gelten. Wie können wir dem Widerspruch entgehen, daß auch der Schutz und die Verteidigung des Lebens vor dem Angreifer noch die Bereitschaft einschließen, notfalls zur Waffe zu greifen? Auf welchem Wege kann das Völkerrecht zu einer wirksamen Ordnung des Friedens unter den Völkern werden? Das sind die Fragen, die uns heute unabweisbar gestellt sind. Niemand kann diesen Widerspruch heute schon schlüssig auflösen. Aber es ist ein wichtiger Schritt, wenn dieses Gebot positiv formuliert wird auf die Förderung von Lebensrecht und Lebensmöglichkeiten hin. Darum ist einer der Wege zu seiner Achtung die Anerkennung und Verwirklichung von Menschenrechten und Freiheitsrechten. Das Nein zum Krieg gründet im Ja zum Leben.

Das **sechste** Gebot für den Frieden lautet:

Wenn Du Frieden willst, dann halte auch den Verpflichtungen und Verbindungen die Treue, in denen Du stehst.

Das sechste Gebot ist das Gebot der Treue. Wenn wir es hier von der Ehe hinübernehmen in die Friedensthematik, dann deswegen, weil konkrete verbindliche Friedensarbeit es immer auch mit der Treue zu eingegangenen und anerkannten Verpflichtungen und Bündnissen zu tun hat. Man spricht heute oft von Nächstenliebe und von Fernstenliebe. Vom Sinn des Liebesgebotes gilt, daß wir nur „alle“ Menschen lieben können, wenn wir zuerst diejenigen lieben, die uns unmittelbar anvertraut sind und mit denen wir konkret verbunden sind. Jedenfalls können wir nicht „alle“ Menschen lieben auf Kosten derjenigen, die wir konkret lieben sollen. Auf die politische Friedensaufgabe übertragen, heißt das: Wir dienen dem Frieden konkret, wenn wir schon gelungene Formen und Strukturen des Friedens wahren und aufrechterhalten und nicht um eines globalen Friedens willen konkrete Ordnungen des Friedens verraten und verlassen. Das ist heute ein sehr reales Problem in der Friedensbewegung unserer Tage. Wir stehen in ganz bestimmten Verpflichtungen des politischen Friedens, in der Gestalt politischer

Bündnisverpflichtungen, deren Auflösung und Zerstörung nach allem, was wir wissen können, jedenfalls nicht dem Frieden dienen, sondern ihn gefährden. Das Gebot der Treue widerspricht darum der Auffassung, neue Wege des Friedens könnten über Scheidung und Trennung von eingegangenen Verpflichtungen des Friedens eröffnet werden. Im Sinne des sechsten Gebotes für den Frieden ist auch politische Treue ein Element der Entwicklung und Förderung des Friedens.

Das **siebente** Gebot für den Frieden lautet:

Wenn Du Frieden willst, dann frage Dich selbstkritisch, wem Du Frieden genommen hast.

Das siebente Gebot „Du sollst nicht stehlen“, weist uns an den Zusammenhang von Politik und Wirtschaft, Rüstungsausgaben und wirtschaftlicher Entwicklung, Frieden und Gerechtigkeit. Hinter der meist im Vordergrund stehenden Diskussion um die modernen Massenvernichtungswaffen steht die dringende Frage auf, wieweit der gerüstete Friede im Ost-West-Verhältnis ökonomisch darauf beruht, daß wir anderen Menschen und Völkern Lebensmöglichkeiten vorenthalten oder wegnehmen, ob unsere Sicherheit also so etwas wie ein „gestohlener“ Friede sei. Das ist eine sehr ernste Frage von ökumenischer, weltweiter Bedeutung, die auch durch näherliegende Argumente für die Notwendigkeiten der Sicherheitspolitik nicht beiseitegeschoben werden kann. Sie verschärft sich noch dadurch, daß die Rüstungsausgaben weltweit gerade in sogenannten Entwicklungsländern rapide ansteigen. Das Mißverhältnis von Friede und sozialer Gerechtigkeit ist darum der schmerzende Stachel in allem Sicherheitsdenken, gegen den wir uns nicht immunisieren dürfen.

Das **achte** Gebot für den Frieden lautet:

Wenn Du Frieden willst, dann habe acht darauf, wie Du über andere redest, ob Du das auf wahrhaftige und friedfertige Weise tust.

Das achte Gebot richtet sich gegen das falsche und verleumderische Reden über andere. Im Zusammenhang mit dem Frieden werden wir hier nach den Feindbildern

gefragt, nach der wahrheitsgemäßen Realität in den Vorstellungen, die Menschen und Völker in gegnerischen Lagern voneinander haben und aufrechterhalten. Der Abbau von Feindbildern ist ein wichtiger Baustein zum Frieden. Zwischen real existierenden politischen Konflikten und falschen Feindbildern zu unterscheiden, das ist darum ein Aufklärungsgebot, zu dem das Ziel des Friedens auffordert. Es gibt solche Feindbilder aber auch im Streit um den Frieden in unserem eigenen Land, zumal in der Kirche bis dahin, daß die einen den anderen das Christsein absprechen und statt dessen in christlichen Worten Übles von ihnen reden. Solche Verunglimpfung, auch und gerade wenn sie mit theologischen Urteilen ausgestattet wird, verstößt gegen dieses Gebot des Friedens. Üble Nachrede richtet sich häufig auch auf verantwortliche Politiker, weil sie die Probleme nicht so lösen können, wie wir das gerne wünschen und erwarten. Wenn Friede die wichtigste öffentliche Angelegenheit ist, dann sind wir im Sinne des achten Gebotes auch verpflichtet, solcher falschen Rede und Beschuldigung in der Öffentlichkeit zu wehren.

Das **neunte** Gebot für den Frieden lautet:

Wenn Du Frieden willst, dann bescheide Dich mit dem, was Du hast, und begehre nicht, immer mehr haben zu wollen.

Das neunte Gebot richtet sich, wenn es auf die Bewahrung des Friedens hin ausgelegt wird, gegen das Expansionsstreben, gegen die Absicht, andere zu beherrschen und zu unterwerfen, die Einmischung in die Selbständigkeit anderer bis hin zur Besetzung fremder Territorien. Wir in Deutschland wissen, wie solches Expansionsstreben zur Ursache eines großen Krieges gewor-

den ist. Es ist das schlichte und deutliche Gebot, Grenzen der Macht und des Einflusses gegenüber dem Gut und der Selbständigkeit anderer zu achten. Bedrohung des Friedens durch den Willen zur Expansion findet auch in den Beziehungen der Menschen untereinander statt. So kann Selbstverwirklichung zu einer Art Selbstexpansion werden, als eine Ausweitung und Vermehrung der eigenen Lebensmöglichkeiten und des eigenen Lebenswillens auf Kosten anderer. Das neunte Gebot für den Frieden appelliert auf seine Weise an unsere Gemeinschaftsfähigkeit, die von jedem verlangt, Grenzen zu respektieren und Unterschiede zu akzeptieren, auch und gerade in der Friedenshoffnung und der Friedenssehnsucht unserer Tage.

Das **zehnte** Gebot für den Frieden lautet:

Wenn Du Frieden willst, dann sei tief beunruhigt über die Friedlosigkeit der Welt, vor allem aber über Dich selbst, und halte Dich an die Vergebung als den evangelischen Sinn des Friedens.

Als zehntes Gebot wird hier, in Abweichung von den zehn Geboten des Alten Testaments, auf den inneren Richtungssinn evangelischer Ethik hingewiesen. Wenn das Christentum zu Frieden und Gerechtigkeit, zu Politik und Verantwortung in der Welt etwas Wesentliches beigetragen hat in der Vergangenheit und in der Zukunft wird beitragen können, dann vor allem, weil im christlichen Glauben alle Konflikte in der Welt und alle Kritik an der Welt zuvor und zuerst von den Christen selbst übernommen werden im Bekenntnis der eigenen Unfähigkeit, Schwachheit und Sünde. Dieses Bekenntnis, zu dem uns Christus befreit, ist die tiefste Solidarität, in der wir uns vereint wissen können. Es ist die Stärke des Chri-

stentums, gegenüber allen Behauptungen menschlicher Stärke und Überlegenheit zuerst die große Solidarität des Bekenntnisses zu unserer faktischen Schwäche und Sündhaftigkeit aufzubauen. Die Kraft des Glaubens, der in der Vergebung durch Jesus Christus gründet, ist darum nicht eine Position der Überlegenheit über andere. Darum ist gerade in der Friedensfrage diese Solidarität wichtig und nicht eine Haltung in dem Sinne: Wir haben die richtige Moral und die anderen die Probleme. Der evangelische Sinn des Friedens heißt Vergebung, vor allem Nein steht das große Ja Gottes. Wahrhaftige Friedensgesinnung ruft nach wahrhaftiger Selbsterkenntnis. Die Antwort auf das Ja Gottes ist dann die Bejahung der Verantwortung, die uns für die Erhaltung und Erneuerung der guten Kräfte des Lebens übertragen ist.

So lassen sich die zehn Gebote für den Frieden heute lesen und umsetzen. Martin Luther hat gelehrt, daß die zehn Gebote und der Glaube vom ersten Gebot her zusammengehalten sind. Von Gottes Regiment, zu dessen vertrauensvoller Anerkennung das erste Gebot aufruft, hat Dietrich Bonhoeffer Folgendes gesagt: „Ich glaube, daß Gott aus allem, auch aus dem Bösesten, Gutes entstehen lassen kann und will. Dafür braucht er Menschen, die sich alle Dinge zum Besten dienen lassen. Ich glaube, daß Gott in jeder Notlage so viel Widerstandskraft geben will, wie wir brauchen. Ich glaube, daß auch unsere Fehler und Irrtümer nicht vergeblich sind, und daß es Gott nicht schwerer ist, mit ihnen fertig zu werden als mit unseren vermeintlichen Guttaten. Ich glaube, daß Gott auf aufrichtige Gebete und verantwortliche Taten wartet und antwortet.“

Aus unserer Arbeit

Evangelium kein Patentrezept für politisches Handeln

Nienburg: „Das Evangelium ist kein Patentrezept für politisches Handeln.“ Dies stellte der Vorsitzende des EAK Nienburg, Gernot Pittius in einer Ver-

anstaltung zu aktuellen Problemen der Friedens- und Sicherheitspolitik fest. Das Evangelium fordere aber vom Politiker, seine Entscheidungen ständig vor seinem Gewissen zu überprüfen. Diese Haltung führe zu ausgewogener Entscheidung, verhindere aber Radikalität.

Nach Meinung des EAK ist die konkrete Alternative zum Frieden in Freiheit nicht ein idealistisch erhoffter Friedenszustand ohne Waffen, sondern ein

Frieden in Unfreiheit hinter Grenzen und Minen und Wachtürmen. Die Verbreitung von Kriegsfurcht sei das Mittel einer Politik, die zwar das Risiko eines bewaffneten Kampfes gegen einen verteidigungsbereiten Gegner vermeiden wolle, aber auf ihre Ziele nicht verzichte, wenn die andere Seite nicht verteidigungsbereit sei. Deshalb unterstütze der EAK die Forderung von Bundeskanzler Kohl, Frieden zu schaffen mit immer weniger Waffen.

Deutschlandpolitik ist mehr als nur Pflege innerdeutscher Beziehungen

Cornelius A. von Heyl

Das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR und deshalb Fragen der Deutschlandpolitik berühren evangelische Christen in besonderem Maße. Der Präses der Synode der EKD, Cornelius A. von Heyl, analysiert in seinem Beitrag nicht nur die Konstanten einer Deutschlandpolitik, sondern formuliert auch Erwartungen, die ernstgenommen werden müssen.

Nachdem sich in den ersten zehn Jahren des Bestehens der Bundesrepublik herausgestellt hat, daß die Vier Mächte über die Erfüllung ihrer Verantwortlichkeit in Bezug auf Deutschland als Ganzes in absehbarer Zeit zu keiner Übereinstimmung kommen würden, und nachdem 1961 der Zustand der Teilung Deutschlands durch den Bau der Mauer in Berlin vorläufig festgeschrieben wurde, konzentrierten sich die deutschlandpolitischen Bemühungen der Bundesregierung auf eine Verbesserung der innerdeutschen Beziehungen. Dies war notwendig und folgerichtig. Die ständigen Schwierigkeiten, die diesen Weg seither begleiten, dürfen den Blick nicht für die Tatsache verstellen, daß Bedeutsames erreicht wurde. Die Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 13. Oktober 1982 hat deswegen mit Recht deutlich gemacht, daß über den Regierungswechsel hinaus die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR nach der Absicht der Bundesregierung unter dem Zeichen der Kontinuität mit dem Ziel eines Verhältnisses guter Nachbarschaft stehen wird. Dies ist zu begrüßen, nicht zuletzt auch im Interesse der Deutschen in der DDR.

So begreiflich es ist, daß nach der schmerzlichen Verabschiedung jeder Illusion über eine baldige Wiedervereinigung Deutschlands der Blick sich ganz auf die Regelung der konkreten Lebensbedingungen im geteilten Deutschland und ihre mögliche menschliche Ausgestaltung konzentrierte, darf sich die Deutschlandpolitik der

Bundesrepublik doch auf Dauer nicht darin erschöpfen. Wir können die Einheit der Nation nicht erzwingen, aber die Erkenntnis unserer Machtlosigkeit in der Regelung dieser Lebensfrage Deutschlands darf uns nicht lähmen. Unsere Bemühungen um gutnachbarliche Beziehungen und menschliche Erleichterungen, die die durch Deutschland so willkürlich gezogene Grenze weniger schmerzen lassen, müssen ergänzt werden durch Entwicklung von konkreten und realitätsbezogenen Vorstellungen über die Voraussetzungen und Bedingungen, die die Überwindung der deutschen Teilung gestatten könnten. Wir wissen nicht, wie viele Jahrzehnte die Teilung Deutschlands noch andauern wird. Aber wir können gewiß sein, daß keine Macht der Welt einen Finger für die Überwindung dieses Zustandes rühren wird, solange die Deutschen selbst den Eindruck erwecken, der Zustand der Teilung dürfe ihretwegen ruhig noch andauern. Wissen wir doch, daß alle Nachbarvölker Europas mit der Vorstellung eines wiedervereinigten Deutschland durchaus Gefühle einer gewissen Bedrohtheit, sei es auch nur durch dessen übermächtige Wirtschaftskraft, verbinden würden.

Es muß deswegen Aufgabe der Politik der Bundesregierung werden, die Überwindung der Teilung Deutschlands nicht als etwas hinzustellen, was irgendwann durch Gunst besonderer historischer Umstände und vielleicht zum Schaden von Nachbarvölkern verwirklicht werden könnte, sondern deutlich zu machen, daß eine Lösung der deutschen Frage unter voller Wahrung der Sicherheitsinteressen nicht nur der großen Mächte, sondern auch aller Nachbarstaaten möglich ist und daß auch die lebenswichtigen Wirtschaftsverflechtungen nach Ost und West damit vereinbar sind.

Wir können und dürfen auf die Lösung der deutschen Frage nicht warten wie auf ein eschatologisches Ereignis, das unerwartet

über uns kommen wird. Wir müssen die Elemente, auf denen allein eine solche Lösung aufgebaut werden kann, selbst gestalten, so daß sie in die Realitäten der Wirklichkeit dieser Welt hineinpassen könnten. Das bedeutet auch Abschied von lieb gewordenen Vorstellungen. Eine Neuregelung der Zuordnung Deutschlands zu den militärischen Sicherheitssystemen von Ost und West wird zu den Geschäftsgrundlagen jeder Einigung über die Regelung der deutschen Frage gehören. Keine der großen Mächte wird je einer Regelung zustimmen, die im Ergebnis Deutschland insgesamt der anderen Seite zufallen läßt und die eigenen Sicherheitsinteressen dadurch entscheidend schwächt.

Im Klartext heißt dies, daß eine realitätsbezogene Vorstellung von der Überwindung der Teilung Deutschlands nicht einfach Deutschland als Ganzes dem westlichen oder dem östlichen Sicherheitspakt zurechnen darf. Wegen der ungleichen militärstrategischen Bedeutung der jetzigen deutschen Teilstaaten für die jeweiligen Paktssysteme ist aber auch eine einfache Herauslösung dieser Teilstaaten aus den jeweiligen Systemen im Sinne einer isolierten Neutralität nicht vorstellbar. Die Überwindung der Teilung Deutschlands hat also eine Friedensordnung für Mitteleuropa unter Einbeziehung der östlichen Nachbarstaaten Deutschlands zur Voraussetzung, die den einen wie den anderen Fehler vermeidet.

Wir sind es unseren europäischen Nachbarvölkern schuldig, durch die Entwicklung konkreter Vorstellungen, wie solche Regelungen aussehen könnten, dem Gedanken an eine mögliche Einigung Deutschlands das Alpträumerhafte zu nehmen, das er für sie noch weithin hat. Dauerhafter Friede und wechselseitige Sicherheit darf nicht nur auf der abschreckenden Wirkung militärischer Gewalt aufgebaut sein. Ein gewisses Maß an Zustimmung durch die be-

troffenen Völker ist Voraussetzung, daß die Abwendung des Krieges nicht nur auf solcher Konfrontation der Gewalt, sondern auf einer Friedensordnung beruht, die diesen Namen verdient. Kein Einsichtiger wird leugnen können, daß die gegenwärtig durch Deutschland gezogenen Grenzen nur der Gewaltkonfrontation ihren Bestand verdanken. Die Sehnsucht der Völker Europas nach einer wirklichen Friedensordnung und die Sehnsucht der Deutschen nach einer Einigung ihres Vaterlandes können deshalb in die gleiche Richtung wirken, um diese Grenzen zu überwinden. Dies schließt die Sicherheit und Integrität aller Nachbarstaaten in ihren derzeitigen Grenzen ein, insbesondere auch für Polen. Es ist die historische Aufgabe der Bundesrepublik und ihrer Politik, konkret und überzeugend für alle europäischen Völker deutlich zu machen, daß wir um des dauerhaften Friedens willen auf eine Lösung der deutschen Frage hinwirken müssen.

Geduldiges Schweigen und Warten genügt da nicht. Wir müssen wissen, was wir wollen und wie wir es wollen. Ob wir es erreichen, hängt freilich nicht nur von uns ab.

Konkrete Schritte zur Überwindung der deutschen Teilung zu denken und zu formulieren, muß nicht bedeuten, die staatliche Existenz der Bundesrepublik und der DDR alsbald in Frage zu stellen. Auch schrittweise Regelungen sind denkbar. Die Vorstellung, daß einseitig die DDR und das, was

man dort die sozialistischen Errungenschaften nennt, unter Selbstaufgabe in die Ordnung der Bundesrepublik einbezogen werden könnte, etwa als Folge von Mehrheitsentscheidungen nach freien gesamtdeutschen Wahlen, ist jedenfalls eine Flucht in die Welt des Irrealen. Wer solches fordert, trägt nicht zur Überwindung der Teilung Deutschlands bei, sondern zementiert sie.

Die Entwicklung realitätsbezogener Vorstellungen, wie die Teilung Deutschlands überwunden werden könnte, schließt also die Anerkennung der abgeschlossenen Verträge und damit den unbedingten Gewaltverzicht mit ein. Dies bedeutet, daß nur vereinbarte Regelungen unter Einbeziehung der großen Mächte möglich werden können, die deren sicherheitspolitische und wirtschaftspolitische Interessen berücksichtigen. Als Leitgedanke muß deutlich werden, daß Schritte zur Überwindung der deutschen Teilung im Dienst der Stabilisierung des Friedens in Europa stehen müssen und nie zu einer Gefährdung des Friedens werden dürfen.

Die Tatsache, daß realitätsbezogene Vorstellungen über Schritte zur Überwindung der deutschen Teilung nicht unmittelbar und wahrscheinlich auch nicht in nächster Zukunft in praktische Politik umgesetzt werden können, darf uns nicht hindern, solche Vorstellungen zu formulieren. Denn wir sind es uns selbst und unseren Nachbarn schuldig, der wachsen-

den gefährlichen Illusion zu wehren, die Teilung Deutschlands sei eine Wunde, die langsam vernarbt und nach Zeitablauf eigentlich keine Probleme mehr schaffen werde.

Daneben muß das, was als praktische Politik für die innerdeutschen Beziehungen begonnen worden ist, weiter und in Kontinuität der Zielsetzung fortgesetzt werden. Das Ziel eines Verhältnisses guter Nachbarschaft zur DDR steht dem Ziel einer Überwindung der deutschen Teilung nicht im Wege, sondern fördert es. Es ist weiter Aufgabe der Deutschlandpolitik, die Möglichkeiten der Pflege verwandtschaftlicher und freundschaftlicher Beziehungen und Besuche zwischen den Menschen in der Bundesrepublik und in der DDR zu verbessern, Zusammenarbeit und Austausch mit der DDR auf allen Gebieten im Rahmen der Möglichkeiten zu fördern und zu pflegen und alle Möglichkeiten für Gespräche, auch von Regierung zu Regierung, zu nutzen. Das Prinzip, daß Leistung und Gegenleistung zueinander im Verhältnis stehen müsse, ist dafür durchaus in Ordnung. Aber regelmäßige Gespräche zwischen den staatlichen Repräsentanten, auch auf höchster Ebene, sind keine Leistung der Bundesrepublik, für die irgendeine Honorierung erwartet werden dürfte. Solche Gespräche sind in jedem Fall vernünftig. Über eine Intensivierung und vielleicht sogar Institutionalisierung sollte nachgedacht werden.

Buchbesprechungen

Gerd Langguth, Jugend ist anders – Porträt einer jungen Generation, Verlag Herder, Freiburg, 1983, 192 Seiten, DM 7,90

Dieses bemerkenswerte und zugleich preiswerte Buch ist unter den zahlreichen Publikationen, die in den letzten zwei Jahren auf dem deutschen Buchmarkt zum Jugendthema erschienen, jedem zu empfehlen, der sich über die heutige junge Generation ein differen-

ziertes Bild machen und einen Überblick über wichtige Erscheinungsformen in der jungen Generation erhalten will. Im Mittelpunkt dieses Reports, der wichtige neuere sozialwissenschaftliche Daten enthält, steht der Wertewandel in unserer Gesellschaft, der vor allem weite Teile der jungen Generation seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre erfaßt hat. In diesem Buch werden Themen angesprochen wie: Freizeitverhalten der jungen Generation, Drogenszene, Jugendkriminalität, neue religiöse Gemeinschaften und religiöse Bindungen, Bedeutung der Musik für das Leben junger Menschen, jugendliche Gruppenstile (wie Rocker, Punks, Teds, Skinheads und Popper), aber auch Probleme des spezifischen Verhältnisses der jungen Generation zur Politik, zu den politischen Partei-

en. Langguth analysiert die Hausbesetzerbewegung, die Alternativ- und die Friedensbewegung und gibt ferner einen Überblick über den politischen Extremismus. Das Buch schließt ab mit zwanzig Thesen.

Langguth weist immer wieder darauf hin, daß die Jugend nicht für klischeehafte Einordnungen taugt und daß das in der öffentlichen Meinung häufig vermittelte Bild nicht zutreffend ist, als bestünden weite Teile der jungen Generation aus „Aussteigern“, die „keinen Bock mehr drauf“ haben. Der Blick werde vielfach nicht auf jene Jugendlichen gelenkt, die unsere Gesellschaft aktiv bejahen, sondern auf jene, die sich provokativ verweigern.

Der Autor ist Direktor bei der Bundeszentrale für politische Bildung und

hat die Jugendszene sozusagen aus nächster Nähe erlebt: In den Zeiten der Studentenrevolte war er vier Jahre lang Bundesvorsitzender des „Ringes Christlich-Demokratischer Studenten“ (RCDS). Er promovierte mit einem sozialwissenschaftlichen Thema 1975 zur Entwicklung der Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland. Langguth, 1976–1980 Bundestagsabgeordneter, veröffentlichte mehrere Bücher zur Demokratietheorie, zur Bildungspolitik und zum politischen Radikalismus. Er ist Träger des Hermann-Ehlers-Förderpreises.

Gerhard Rödding: „Paul Gerhardt“, 112 Seiten, DM 24,80, Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh, 1981

Viele Jahre war MdL Dr. Gerhard Rödding im Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche von Westfalen tätig, bevor er ganz in die Politik ging. In jener Zeit entstand sein Buch über Paul Gerhardt, dem die ev. Christenheit

im Grunde – mit Luther – den Choral verdankt; denn ohne ihn kann man sich das ev. Gesangbuch nicht vorstellen.

Zwar singt die zum Gottesdienst versammelte Gemeinde bis heute die Choräle, die wir Paul Gerhardt verdanken, aber wer kennt diesen Mann? Es ist darum sehr verdienstvoll von Gerhard Rödding, ein Buch geschrieben zu haben, das sowohl wissenschaftlichen Ansprüchen genügt, aber auch als „allgemein verständlich“ lesbar gelten kann.

Rödding wollte aus „Paul Gerhardt“ keinen Heiligen machen. Das hat er auch nicht getan, obwohl man heutzutage fast versucht ist zu wünschen, verdienstvolle Väter des Glaubens wieder etwas „höher zu hängen“, damit sich die Gemeinde an ihnen orientieren kann. Wir lernen also Paul Gerhardt auch als den kennen, der in die politischen Vorgänge des brandenburgisch-preußischen Staates verstrickt ist und auf diese Weise zugleich dessen damaligen Repräsentanten: Kurfürst Friedrich Wilhelm.

Nun ist dieses nicht die Hauptsache des Buches, sondern wie Rödding im Vorwort formuliert hat: „Paul Gerhards Bedeutung liegt darin, daß er für das Luthertum und später weit darüber hinaus eine Sprache und Vorstellungswelt geprägt hat, in der man singen und beten konnte, ohne den Boden korrekter Theologie zu verlieren.“

Wäre Paul Gerhardt in der Ev. Kirche und Theologie bekannt, müßten wir heute nicht unter den krampfhaften, z. T. geschmacklosen Versuchen in Wort und Musik leiden, auf jeden Fall modern sein zu wollen. Schon aus diesem Grunde ist Röddings Buch eine weite Verbreitung zu wünschen, weil hier Maßstäbe herausgearbeitet werden, den Glauben zeitgemäß auszusagen, damit unumstößlich bleibt: „Gott ist das Größte, das Schönste und Beste / Gott ist das Süßte und Allergewißte / Aus allen Schätzen: der edelste Hort.“ (ebd. S. 45)

Pfarrer Dr. Klaus Jürgen Laube

Entwicklung und Solidarität

Bericht über ein Christlich-islamisches Kolloquium in Afrika

Willi Erl

Nicht nur in unserem Lande, weltweit leben Christen und Muslimen zusammen. Nicht immer ist dieses Zusammenleben reibungslos. Unverständnis für die jeweilige Andersartigkeit der Religionen und kulturellen Prägungen verbauen die Möglichkeiten der gegenseitigen geistigen Befruchtung, verstellen auch den Blick auf die entwickelungshemmenden oder entwickelungsfördernden Wirkungen der verschiedenen Religionen. Es ist deshalb konsequent, daß das Institut für Internationale Solidarität (IIS) der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., das Entwicklungsarbeit in vielen Ländern der Dritten Welt leistet, sich auch dem christlich-islamischen Dialog widmet. Den folgenden Bericht über ein Christlich-islamisches Kolloquium in Yaounde (Kamerun) verfaßte der stellvertretende Leiter des IIS, Willi Erl.

Den Verfasser des 90. Psalms parodierend, könnten flotte Kritiker froheln: „Und sie bringen ihre Jahre zu wie ein Kolloquium.“

Seit Beginn der sechziger Jahre nämlich haben Häufigkeit und Intensität von Dialogprogrammen für Muslimen und Christen zugenommen. Auch die Konrad-Adenauer-

Stiftung veranstaltete bereits ihr zweites Christlich-islamisches Kolloquium. Seine Ziele und sein Verlauf zeigen indessen: Frotzeleien und forsche Kritik sind nicht angebracht. Sowohl im Hinblick auf das Veranstaltungsland als auch im Hinblick auf die Thematik und die Ergebnisse verdient es besondere Beachtung.

Die Dialogprogramme werden gewöhnlich im christlich geprägten Europa oder in den islamisch bestimmten Ländern des arabischen Mittelmeerraumes organisiert. So fand auch der Adenauer-Stiftung erstes Kolloquium 1981 in der Bundesrepublik Deutschland, in Bonn, statt. Diese Ortswahl beeinflusste zweifelsohne die Tatsache, daß rund 1700 000 Muslimen in der Bundesrepublik und in Westberlin leben und eine vorurteilsfreie Auseinandersetzung mit ihrer Religion und ihrem Leben beanspruchen können. Das generelle Thema dieser ersten vergleichenden Veranstaltung lautete denn auch „Der Glaube in Kultur, Recht und Politik“.

Das zweite Kolloquium sollte in Schwarzafrika in einem Land der Sahelzone durchgeführt werden. Warum? In dieser Region, die sich im Westen des Kontinents vom Senegal und von Mauretanien bis zum Sudan im Osten erstreckt, gewinnt das Verhältnis von Christen und Muslimen politisch wie gesellschaftlich ausschlaggebende Bedeutung. Die Anhänger des sogenannten „Schwarzen Islam“ bilden in den meisten der Sahel-Länder die Mehrheit und in den anderen starke Minderheiten. Sie leben mit katholischen und evangelischen Christen zusammen, die ihrerseits in einigen Ländern Mehrheiten darstellen und oft in den Ländern mit überwiegend moslemischer Bevölkerung beträchtliche Mehrheiten in bestimmten Gebieten ergeben. Insgesamt ist wichtig: Christen und Muslime, die entscheidende Positionen innehaben, begegnen sich täglich: als Mitglieder von Regierungen und Parlamenten, als Beamte und Angestellte öffentlicher Verwaltungen, als Angehörige von Universitäten und Forschungsinsti-

tuten, als Führungskräfte und Mitarbeiter wirtschaftender Unternehmen. Beeinflußt von ihrem Glauben, können sie zum Aufbau ihrer jungen Staaten und zur weiteren Entwicklung ihrer Länder sich gegenseitig beargwöhnen und befehlen oder sich wechselseitig abstimmen und zusammenarbeiten.

Angesichts dieser Situation bot sich für das zweite Kolloquium vom 21. bis 24. Februar 1983 als Generalthema an: „Entwicklung und Solidarität im Christentum und Islam“. Die einzelnen Tages-themen hießen auf der Suche nach kooperations-fördernder Klärung: „Menschenbild und Entwicklung“, „Solidarität und Entwicklung“, sowie „Notwendigkeiten gemeinsamen Handelns“. Diese drei Themen wurden sowohl aus islamischer als auch aus christlicher Sicht eingeführt und im Plenum wie in englisch- oder französischsprachigen Arbeitsgruppen vertieft.

Ein weiterer Tag war der Vorstellung und Diskussion von „Aktuellen (konkreten) Beispielen gemeinsamen Handelns“ gewidmet. Berichtet wurde von christlich-islamischen Aktionen, aber auch Konfrontationen in Mali, Nigeria, Obervolta, Senegal, Sudan und Kamerun, in dessen Hauptsadt Yaounde die Veranstaltung verwirklicht werden konnte. So waren auch rund die Hälfte der insgesamt 50 Teilnehmer Kameruner. Die anderen kamen außer aus den über gemeinsame Aktionen berichtenden Ländern aus Gambia, aus Ägypten und dem Libanon, aus Pakistan, aus Frankreich, der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland.

Wie es sich schon beim ersten Kolloquium bewährt hatte, schloß auch das zweite mit einem öffentlichen Forum. Ein moslemischer und ein christlicher Berichterstatter informierten dabei über den inhaltlichen Verlauf, und alle Teilnehmer hielten sich bereit, die Fragen der geladenen Gäste zu beantworten. Auf eine der gestellten Fragen schienen sie nicht vorbereitet gewesen zu sein. Sie lautete: „Warum nahm keine Frau an dem Kolloquium teil?“

In der Tat, es war ein Manko, daß keine Frau zur Teilnahme vorgeschlagen und eingeladen worden war. Dies wurde um so bewußter, als die aktiven Rollen der Frauen in Kamerun nicht nur in der Begegnung mit christlichen Gemeinden,

sondern gerade auch bei der Einladung in eine moslemische Gemeinschaft beeindruckend auffielen. Die Frauen waren da keineswegs hinter Mantel und Schleier versteckt, sie hielten sich auch nicht von der Männergesellschaft getrennt, im Gegenteil: sie nahmen teil am gemeinsamen Gespräch und gemeinsamen Mahl und sie traten hervor, um ergreifend Gedichte zu rezitieren. Ganz offen trat zutage: im schwarzafrikanischen Islam erscheint nach europäischen Vorstellungen die Frau wesentlich emanzipierter als in der moslemischen Welt der arabischen Länder.

Überhaupt stellte sich der „Schwarze Islam“ weniger dogmatisch vor und erweckte den Ein-

Unsere Autoren:

Willi Erl
Institut für Internationale Solidarität
der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Rathausallee 12
5205 St. Augustin/b. Bonn

Cornelius A. von Heyl
Heidebergenstraße 5
5300 Bonn 3 (Holzlar)

Kirchenpräsident D. Helmut Hild
Evangelische Kirche in
Hessen und Nassau
Paulusplatz 1
6100 Darmstadt

Landtagspräsident
Albrecht Martin, MdL
Deutschausplatz 12
6500 Mainz

Prof. Dr. Trutz Rendtorff
Institut für Systematische Theologie
Universität München
Schellingstraße 3/III
8000 München 40

druck größerer Toleranz und Offenheit. So bestanden zum Beispiel die arabischen und besonders die pakistanischen Teilnehmer darauf, daß nach islamischem Recht Muslime zwar Christinnen ehelichen dürfen, daß es aber Christen keinesfalls gestattet sei, Muselmaninnen zu heiraten. Die schwarzafrikanischen Moslems räumten dagegen ein, daß sie keine Einwände gegen Ehen von islamischen Frauen mit Christen erheben würden und daß in ihren Ländern solche Ehen durchaus praktiziert würden.

Auch im Hinblick auf die Wertschätzung des säkularen Staates zeigten sich Unterschiede zwischen den arabischen und pakistanischen Muslimen auf der einen und den

schwarzafrikanischen auf der anderen Seite. Während die Araber und Pakistani, traditionalistischen Vorstellungen verpflichtet, den säkularen Staat ablehnen, bejahen ihn die Schwarzafrikaner, ob Christen oder Muslime, aufgrund ihrer besonderen geschichtlichen Erfahrung: Bis zur Unabhängigkeit erwiesen sich ihre auf Proselyten erpichten Religionen als Kräfte, die in den Volks- und Sprachgruppen Zwist und Zwietracht zeugten; nach Erlangung der Unabhängigkeit versprach am ehesten das Modell eines säkularen Staates Uneinigkeit wie Rivalität zu überwinden und Zusammenleben wie Zusammenarbeit zu gewährleisten.

Daß es sich nicht um ein hohles Versprechen handelte, belegten dann auch die Länderberichte, ohne schwelende Konflikte und offene Aggressionen zu verniedlichen. Da war schon die Rede davon, daß es in Regionen mit eindeutiger moslemischer Mehrheit zur Zerstörung christlicher Kapellen und zu Tätlichkeiten gegenüber Katecheten kam. Aber es überwogen bei weitem die Hoffnung fundierende Schilderungen von Aktionen und Projekten, die aus gemeinsamer religiöser Verantwortung getragen sind. Sie reichen von medizinischen Einrichtungen, die allen offen stehen, über gemeinsame Programme ländlicher Entwicklung bis zu islamisch-christlichen Zentren für Jugend- und Erwachsenenbildung sowie für wissenschaftliche Kooperation. Vereinzelt zeigte sich selbst auf der geistlichen Ebene eine bereichernde Annäherung: So lädt seit Jahren Kameruns intellektuell führender Muslim Dr. Adamou Ndam Njoya die Benediktiner des Klosters Mont-Fébé zum feierlichen Abschluß des Fastenmonats Ramadan ein, und die Mönche danken durch eine Einladung zum Weihnachtsfest in ihr Kloster, das auch dem Kolloquium in Yaounde gastliche Herberge gewährt hatte.

Im allgemeinen gilt, daß sich im heutigen Afrika der Islam zügiger ausbreitet als das Christentum. Vier erklärende Gründe waren in Gesprächen und Diskussionen zu hören: 1. Im Gegensatz zum Christentum ist der Islam frei vom Stigma der Kolonisation. 2. Theologisch erscheint er leichter annehmbar als das Christentum; denn er ist zum einen einfacher und zum anderen umfassender. Einfacher: Er kennt nicht die komplizierte

Trinitätslehre und er stellt die schwer faßbare Gottessohnschaft Jesu in Abrede. Umfassender: Im Islam, so glauben die Moslems, vollendet sich die Offenbarung Gottes, auch Jesus findet in ihm einen Platz — als Prophet. 3. Stärker als das Christentum wirkt der Islam gemeinschaftsbildend: Während sich die Christen nur einmal in der Woche am Sonntag in der Kirche zum Gottesdienst zu versammeln haben, können sich die Muslime fünfmal am Tage in der Moschee zum gemeinsamen Gebet treffen. 4. Für die Männer, die in der Regel bestimmen, erweist sich der Islam anziehender als das Christentum: Er gestattet, bis zu vier Frauen zu heiraten. Der Enkel eines einst sehr mächtigen Königs im nördlichen Kamerun bekannte: „Sicher wäre mein Großvater Christ geworden, wenn er mit mehr als mit einer Frau hätte leben dürfen.“

Auf christlicher Seite waren während des Kolloquiums keine erwähnenswerten Unterschiede zutage getreten. Dafür war die Gesamthematik zu global gestaltet. Spezielle Fragen der katholischen Soziallehre und evangelischen Sozialethik wurden nur am Rande gestreift.

Was Entwicklungskonzepte angeht, waren sich Muslime und Christen einig: Entwicklung dürfe nicht eng aufgefaßt werden: weder naturwissenschaftlich im Sinne darwinistischer Höherentwicklung noch materialistisch im Sinne feuerbach'scher und marx'scher Konditionierung des Menschseins; aber auch nicht rein ökonomisch bis an die Grenzen des Wachstums noch exklusiv technologisch bis an die

Grenzen des menschlich machbaren Fortschritts. Entwicklung hat vielmehr mit Entfaltung zu tun; nicht mit einer Entfaltung an sich, die sich selbst zum Wert setzt, sondern mit der Entfaltung auf Gott hin, folglich mit einer Entfaltung vor allem geistig-geistlicher Art.

Ziel des Menschen ist es, im Christentum und im Islam Gott, den Schöpfer der Natur und des Menschen, zu ehren und anzubeten. Diese Anbetung und Verehrung aber werden schwer, wenn Gottes Kinder leiden und in Not wie Elend leben. So fallen Muslimen und Christen die Aufgabe zu, Not zu lindern und Elend zu beheben, damit Gott Ehre wie Anbetung zuteil werden können.

Solche Aufgabe führt zweifelsfrei zu solidarischem Handeln. Wie weit aber reicht Solidarität? Nur zu den eigenen Glaubensgenossen? Oder auch zu Gläubigen einer anderen Religion? Etwa auch zu den Ungläubigen?

Umstritten sind die Antworten der Muslimen. Vom Koran her läßt sich eine zentrisch gestufte Solidarität begründen. Im inneren Kreis stehen die Moslems, im äußeren die Gläubigen der anderen Schriftreligionen: die Christen und die Juden. Außerhalb der Kreise befindet sich der Ungläubige oder, wie er im Arabischen heißt, der „kafir“.

Das Wort erinnert an unser abfälliges „Kaffer“. Dies wiederum beweist, daß auch in der jüdisch-christlichen Tradition nicht nur Solidarität verweigert, sondern auch Diskriminierung praktiziert wurde. Und dies obwohl Jesus das israe-

litische Gebot der Nächstenliebe (3. Mose 19,18) steigerte zum ethischen Höhepunkt der Feindesliebe (Matthäus 5,44). Die Auslegung des Gebotes der Nächstenliebe war lange Zeit so eingeengt, daß es nur den Glaubens- und Volksgenossen gelte, nicht aber den Fremden und Angehörigen anderer Völker. Das Gebot der Feindesliebe gestattet solche Solidaritäts-blockierende Interpretationen nicht mehr. Es sprengt die zentrischen Stufungen.

Einig mit den Christen, bekundeten die schwarzafrikanischen Muslimen schließlich auch ihre Solidarität für jene Gläubigen, die keiner Schriftreligion angehören, für die Animisten oder, wie sie neuerdings auch genannt werden, für die Gläubigen der traditionellen Religionen Afrikas.

Solidarität der Christen und Muslimen, so wurde ebenfalls hervorgehoben, solle nicht aus anti-kommunistischen und antiatheistischen Impulsen gepflegt werden, sondern aus der gemeinsamen Verantwortung Gott gegenüber, der sich seinen Menschen erbarmt und will, daß auch seine Kinder Erbarmen leben.

Flotten Kritikern mögen die Ergebnisse und Forderungen dieses Kolloquiums zu bescheiden sein. Der islamische Botschafter Pakistans in Nigeria, Äquatorial-Guinea und Kamerun, der an der ganzen Veranstaltung teilgenommen hatte, meinte nicht ohne Anerkennung: „Welch' weiten Weg haben wir zurückgelegt von den Kreuzzügen bis zu dem Christlich-islamischen Kolloquium hier in einem Benediktiner-Kloster Kameruns!“

Kurz notiert

Bischof von Keler: Pfarrer sollen künftige Pfarrer mitfinanzieren

Stuttgart: Um auch bei den nun anstehenden zahlenmäßig starken Theologenjahrgängen möglichst jeden geeigneten Pfarramtskandidaten übernehmen zu können, sollen die Pfarrerinnen und Pfarrer der evangelischen Landeskirche

in Württemberg freiwillig etwa zwei Prozent ihrer Nettobezüge in einen neugebildeten Hilfsfonds einzahlen. Zu dieser „Solidaritätsaktion für künftige junge Theologen“ hat der württembergische Landesbischof D. Hans von Keler aufgerufen. Er hofft, daß in dem Fonds bis 1985/86 — wenn die Gelder benötigt werden — so viel enthalten ist, daß die württembergische Landeskirche den finanziellen Engpaß überbrücken kann, der sich aus der Bezahlung von schätzungsweise 500 Pfarrern ergibt, die bis 1995 zusätzlich eingestellt werden sollen. Die Teilnahme an der auf drei

Jahre begrenzten Solidaritätsaktion ist freiwillig.

Nach den Schätzungen der württembergischen Kirchenleitung gibt es von 1983 bis 1995 zahlenmäßig besonders starke Theologenjahrgänge. Man rechnet mit etwa 1 500 neuen Pfarrern bis 1995. Bis dahin treten jedoch voraussichtlich nur 500 in den Ruhestand. Um den „Pfarrerberg“ zu bewältigen, wird es künftig auch Teilaufträge und „Job-sharing“ geben (ein Theologenehepaar wird gemeinsam auf eine Pfarrstelle ernannt). Man werde nun, so von Keler in seinem Aufruf an die Pfarrer, aus den

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Innenminister Prof. Dr. Roman Herzog, MdL; Bundesminister Dr. Werner Dollinger, MdB; Kai-Uwe von Hassel, MdEP; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Landtagspräsident Abrecht Martin, MdL • Redaktion: Wilhelm Staudacher, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 06 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementspreis vierteljährlich 4,- DM. Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK - Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 • Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf • Abdruck kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten.

bisherigen Personalproblemen herauskommen, aber dafür in erhebliche Finanzprobleme geraten.

Nach den Vorstellungen der Kirchenleitung kommen die Mittel des Fonds, die gemeinsam mit Vertretern der Pfarrerschaft verwaltet werden, ausschließlich der Anstellung und der Besoldung weiterer Pfarrer zugute. Von Keler sprach im Zusammenhang mit der Solidaritätsaktion von einem „Generationenvertrag“, bei dem die mittlere und die ältere Pfarrergeneration für die junge sorge, die dann ihrerseits später einmal für die jetzigen Geber da sein werde.

Bereits seit 1980 gibt es einen Fonds dieser Art im Bereich der bayerischen Landeskirche, in dem ein bis zwei Mil-

lionen DM angesammelt sind. Diese Mittel werden bereits zur Finanzierung junger Theologen herangezogen. In der nordelbischen Kirche gibt es eine Aktion dieser Art seit etwas über einem Jahr.

Albrecht hofft auf deutsch-deutsche Annäherung durch Luther

Wolfenbüttel: Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) hofft, daß durch die geschichtliche Wirkung Luthers ein Beitrag zur Annäherung der Deutschen in Ost und West geleistet werden kann. Bei der offiziellen Eröffnung des Luther-Jahres 1983 in Niedersachsen in Wolfenbüttel sagte

Albrecht am Montag, 28. März, er habe die Hoffnung, daß auch von den Luther-Feiern in der DDR positive Wirkungen ausgehen werden. Allerdings müsse man auch die Sorge haben, daß Luther für Dinge aufkommen müsse, mit denen er nichts zu tun habe. An der Eröffnungsfeier nahmen auch der Vorsitzende der Konföderation Evangelischer Kirchen in Niedersachsen, der Oldenburger Bischof Hans Heinrich Harms und der Braunschweiger Landesbischof Gerhard Müller teil. In seiner Festpredigt bezeichnete Müller Luther als einen „Friedensprediger par excellence“, für den sich der Friede als das höchste politische Gut bewiesen habe. Nach Luther solle selbst das Recht, wo es leide, dem Frieden untergeordnet werden.

Leser- Brief

Die hier geäußerte Meinung
braucht nicht mit der Ansicht
des Herausgebers oder der
Redaktion übereinzustimmen.

Betr.: Aufruf der evangelischen Kirchengemeinde Köln-Ehrenfeld, ihre Grundstücke und Gebäude zur „atomfreien Zone“ zu erklären.

Die Erklärung der Leitung der reformierten Kirchen in der Bundesrepublik vom vergangenen Jahr, in der die Herstellung und Lagerung von Atomwaffen als mit dem christlichen Glauben unvereinbar bezeichnet wird, halte ich in dieser Form für anmaßend. Woher nimmt die Kirchenleitung das Recht, ein solches „Dogma“ zu formulieren? Warum ächtet sie dann nicht auch B- und C-Waffen, warum nicht alle Waffen? Warum nicht alle Gewalt? Will sie sich lediglich an der aktuellen Mittelstreckenwaffendiskussion beteiligen und auf sie Einfluß nehmen? Warum sagt

sie dies dann nicht? Welche Konsequenzen nimmt sie in Kauf?

Jedes Zeichen zum Willen zur Abrüstung ist zu begrüßen. Grundstücke und Gebäude von Kirchengemeinden in England, Holland oder auch bei uns in Köln-Ehrenfeld zu „atomfreien Zonen“ zu erklären, erfüllen diesen Zweck nicht. Im Gegenteil. Solchen Erklärungen mangelt es vor allem an intellektueller Redlichkeit, weil niemand bei uns beabsichtigt, auf Kirchengemeindeeinrichtungen Atomwaffen zu lagern. Sie sind auch naiv und deshalb moralisch verwerflich, weil die Gefahr besteht, daß eine Scheinsicherheit suggeriert wird, die übersieht, daß sowjetische SS 20-Raketen auch das Gebiet der Kirchengemeinden nicht aussparen. Sie sind schließlich töricht, weil sie das Erfordernis der Abschreckung von Drohung und Erpressung seitens der Sowjetunion und damit zum Erhalt des Friedens und zur Durchsetzung wirklicher Abrüstung völlig übersehen.

Pazifismus ist eine ehrenwerte persönliche Grundeinstellung. Der Versuch, persönliche Auffassungen zu kollektivieren, gehört in das Feld der Politik. Politische Zweckmäßigungsabwägungen dürfen nicht zu Glaubensfragen hochstilisiert werden. Sofern moralische Grundpositionen involviert

sind, hat auch die Kirche die Pflicht, die moralische Integrität von anders denkenden, politisch Verantwortlichen und mündigen Bürgern anzuerkennen. Es ist ein ungutes Unterfangen, Kirchengemeinden in den Parteienstreit zu lenken und damit zu spalten, anstatt sie im Glauben zusammenzuführen.

Ich lehne den Rüstungswettlauf ab. Wir müssen ernsthaft alles unternehmen, um Frieden und Freiheit mit immer weniger Waffen zu bewahren. Utopische Erklärungen, wie Sie sie anstreben, sind dem Ernst des Themas nicht angemessen. Ernsthaftige Verhandlungen in Genf und Wien können uns diesem Ziel näher bringen. Irreführende Erklärungen, wie Sie Ihnen anscheinend vorschweben, können das nicht. Sie machen es mir mit Ihrem Aufruf - offen gesagt - sehr schwer, das Vertrauen in die Seriosität meiner Kirche zu bewahren. Daher bitte ich Sie, Ihren auf mich - verzeihen Sie die Offenheit - freundlich wirkenden Aufruf zurückzuziehen und meinen Standpunkt dem Presbyterium und den interessierten Gemeindegliedern bekanntzugeben.

Peter von der Heydt
Marienburger Straße 28
5000 Köln 51